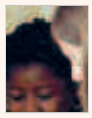
03/10

ROT HEUTE

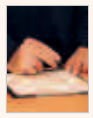
Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Ausbildung
IG Metall will Kurswechsel
Seite 2



Integration
Ausschuss Migration und Bildung
Seite 2



Chancengleichheit
Frauenanteile in Aufsichtsräten erhöhen
Seite 3

Einzelhandel
Neues Zentrum für Blumenthal
Seite 4

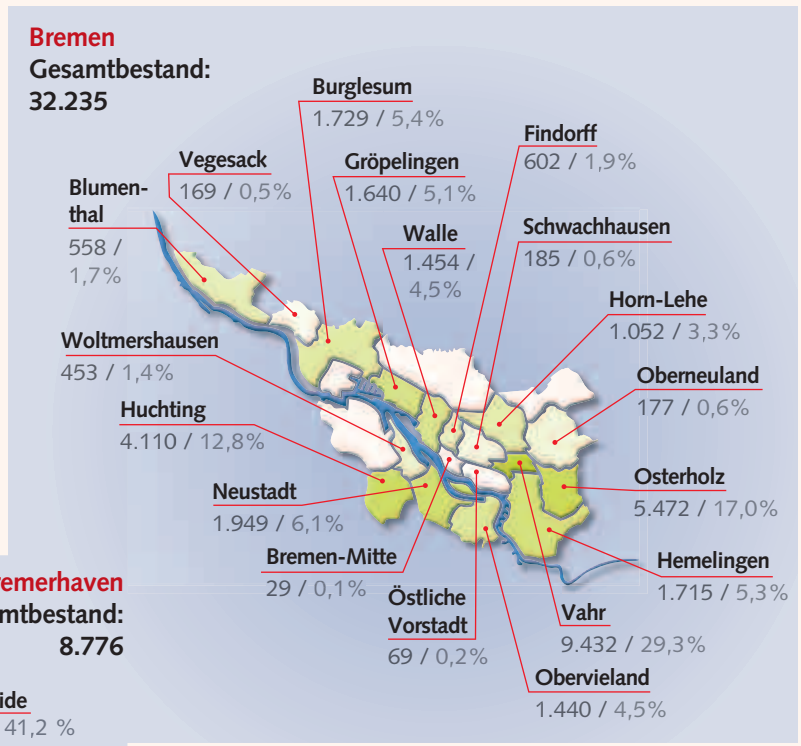
Selbstbestimmt leben
Das neue Bremer Wohn- und Betreuungsgesetz
Seite 4

Wir haben Verantwortung für die Daseinsvorsorge!

Von Björn Tschöpe

Spätestens nach den Erfahrungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist klar: Der Markt allein kann nicht garantieren, dass Menschen und Unternehmen mit allem versorgt werden, was für ein menschenwürdiges Leben und für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist. Nur die Verschränkung von Markt, Staat und Zivilgesellschaft kann sicherstellen, dass wirtschaftlicher Fortschritt, soziale Sicherheit und individuelle Freiheit gewährleistet werden. Die Aufgaben des Staates erschöpfen sich deshalb eben nicht in der Sorge für die innere und äußere Sicherheit. Deutlich wird dies vor allem in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge wie dem Bildungswesen, der Verkehrs- und Infrastruktur oder dem Gesundheitssektor.

Sie dürfen nicht der Marktlogik überantwortet werden, da sie Aufgaben umfassen, deren Erfüllung nicht nur am Maßstab der Rentabilität gemessen werden darf. Der Staat hat hier eine Sicherstellungsverpflichtung. Und gleichzeitig muss er immer danach trachten, diese Aufgaben der Daseinsvorsorge möglichst effektiv und innovativ zu erbringen.



Aufteilung des GEWOBA-Wohnungsbestands nach Stadtteilen. Quelle: CSR-Bericht GEWOBA 2010

Kein Ausverkauf öffentlichen Eigentums

Vor diesem Hintergrund müssen wir eine kritische Bestandsaufnahme der erfolgten Privatisierungen vornehmen. Manches war erfolgreich, manches weniger. Bei Manchem haben sich die Schwächen erst später gezeigt. Auf anderen Feldern liegen die Schwächen klar vor Augen. Eine Privatisierung des Bildungswesens lehnen wir ab. Und klar ist für die SPD auch: Die GEWOBA und die Häfen dürfen nicht veräußert werden. Deshalb konnten die 70.000 Mieterinnen und Mieter der GEWOBA in den vergangenen Jahren davon ausgehen, dass Ihnen das Schicksal der Bewohner der Häuser der ehemaligen Bremischen Wohnungsbaugesellschaft und die Verhältnisse in der Neuwieder Straße 1-3 erspart bleiben würden. Denn um zu sehen, welch dramatisch negative Folgen ein Ausverkauf der kommunalen Wohnungswirtschaft hat, muss man gar nicht nach Dresden oder Düsseldorf schauen. Auch hier in Bremen können wir an der "Bremischen" sehen, was das nach sich ziehen kann. Die ehemaligen Wohnungen der "Bremischen Gesellschaft" gehörten zwischenzeitlich in den Fundus des US-Finanzinvestors Blackstone, später wurden sie an ein britisches Konsortium weitergereicht. Mittlerweile verrotten viele Wohnungen, ja ganze Häuserblöcke. Wir als SPD werden weder Vorschlägen zustimmen, die schlecht für die Bremerinnen und Bremer sind, noch werden wir gegen die Interessen Bremens handeln. Und ein Verkauf der GEWOBA würde mit Sicherheit gegen die Interessen unseres Landes verstoßen.

Bremen sähe ohne die GEWOBA anders aus

Bremen hält an der GEWOBA knapp 75 Prozent der Anteile. Deshalb profitiert Bremen auch von den Gewinnen der GEWOBA. Die Überschüsse sind seit 2005 kontinuierlich gestiegen. 2009 hat die GEWOBA über acht Millionen Euro an Bremen abgeführt. Darüber hinaus kümmert sich die GEWOBA um ihre Bestände. In ihre 41.000 Wohnungen investiert das Unternehmen rund 28 Euro je qm Wohnfläche jährlich in Modernisierung und Instandsetzung. Insgesamt 70 Millionen Euro! Dadurch wird die lokale Wirtschaft gestärkt und die Arbeitsstellen zahlreicher Beschäftigter gesichert. Übrigens auch die der 415 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GEWOBA selbst. Und auch stadtentwicklungspolitisch würden wir uns einen Bärendienst erweisen, wenn wir die GEWOBA verkaufen würden. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, schwierige Stadtteile wie z.B. Osterholz-Tenever zu stabilisieren. Sie engagiert sich vielfältig auch in anderen Stadtteilen. Bremen sähe anders aus, wenn wir kein kommunales Wohnungsunternehmen GEWOBA hätten. Würden wir die GEWOBA verkaufen, wir hätten kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten, wenn es darum geht, bezahlbaren und guten Wohnraum auch für all diejenigen bereit zu halten, die kein Eigentum erwerben können oder aber auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Denn sie wirkt kostendämpfend auf die Mieten und stabilisiert so den sozialen Zusammenhalt in der Stadt! Alle diese Fakten machen deutlich: Es ist unsinnig, die GEWOBA zu verkaufen. Und zwar gleich dreifach: Sozialpolitisch, stadtentwicklungspolitisch und finanzpolitisch.

Björn Tschöpe, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Kurswechsel!

Unter dem Motto »Kurswechsel für ein gutes Leben« stellt die IG Metall in den kommenden Monaten drei Themen in den Vordergrund ihrer Arbeit in den Betrieben und der Öffentlichkeit. Die Zustände in der Leiharbeit, die Zukunft der jungen Generation und die Auseinandersetzung mit der Sparpolitik der Bundesregierung.

Dieter Reinken, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bremen

Dass Leiharbeit und Sparpolitik der Bundesregierung die Diskussion in den Medien bestimmen, ist selbstverständlich. Zu offensichtlich waren die Skandale in den letzen Monaten. Eine Auseinandersetzung mit der Situation der „jungen Generation" hingegen findet heute nur unzureichend statt. Scheinen doch Bewerberrückgang und kommender Fachkräftemangel geradezu rosige Aussichten zu bieten, in denen sich wieder alles von selbst regelt. Wir haben einen anderen Eindruck:

- *Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt eine deutliche Zunahme des „Armutsrisikos" der Generationen zwischen 19 und 35 Jahren fest.*
- *Bildungsungleichheit ist weiterhin Realität: Kinder von Nichtakademikern studieren wieder deutlich weniger, gleichzeitig wird Elitenbildung gefördert.*
- *Der Anteil „atypischer Beschäftigter" - Leiharbeit, Befristung, geringfügig Beschäftigte – der 15 bis 24-Jährigen ist innerhalb von 10 Jahren um 20 Prozent gestiegen – bei den 25 bis 34-Jährigen immerhin noch um 10 Prozent.*

Diese nackten statistischen Zahlen werden durch unsere Beobachtungen bestätigt. Nach der Ausbildung keine Übernahme, sondern das Angebot, in eine unternehmenseigene Leiharbeitsfirma zu wechseln, gehört ebenso zur Realität wie die mehrfache Befristung von Arbeitsverträgen. Schlecker lässt auch in namhaften Betrieben des Kfz-Gewerbes oder der Windenergiebranche grüßen.

Aber auch dort, wo Tarifverträge gelten und Betriebsräte mitbestimmen, lässt scheinbar Selbstverständliches auf sich warten. So verhandeln wir mit den Metallarbeitgebern an der Küste seit Monaten über eine Überarbeitung unserer tariflichen Regelungen zur Übernahme von Ausgebildeten und um eine Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes. Leider ohne große Erfolge: Die Klage über den Fachkräftemangel von morgen führt eben nicht automatisch zur richtigen Weichenstellung heute. Qualifizierte Ausbildung, soziale und berufliche Sicherheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das dürfen keine Worthülsen sein. Diese Ziele müssen sich im Alltag beweisen.

Foto: Ganztagsgrundschule „Auf den Heuen"

Bildung ist der Schlüssel für Integration

Fast die Hälfte der Schulanfänger im Land Bremen kommt heute bereits aus Migrantenfamilien. Viele von ihnen wachsen bildungsfern und in sozial prekären Verhältnissen auf. *„Was ihre Chancen in der Schule und später auf dem Lehrstellenmarkt angeht, sind besonders die Kinder und Jugendlichen türkischer Abstammung noch immer benachteiligt"*, erklärt Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. *„Das Thema wird immer wichtiger. Wir brauchen eine kontinuierliche Arbeit, um die Schüler aus Migrantenfamilien wirkungsvoll zu unterstützen – für bessere Abschlüsse und damit auch für eine Berufs- und Lebensperspektive in der Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb habe ich auch die Einrichtung eines Fachausschusses Migration und Bildung vorgeschlagen"*, sagt der Bildungsexperte. *„Bildung ist einfach der Schlüssel für eine gelingende Integration."*

Mustafa Güngör, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Vom Projekt zum Regelangebot

In einem Fachausschuss könne zunächst eine Analyse und kritische Bewertung des Status Quo erfolgen. Dann gelte es zu schauen, was es an Förderprojekten gebe und wie sinnvoll und erfolgreich sie seien. *„Was gut läuft, sollten wir dann auch als Regelangebot in die Fläche bringen."* Über Vorhandenes hinaus verspricht sich der SPD-Politiker von der kontinuierlichen Arbeit in einem Fachausschuss auch neue Impulse und Ideen. *„Dafür ist es wichtig, mit den Senatsressorts Arbeit und Soziales, Inneres, Sport und Kultur zu kooperieren und auch externe Fachleute einzubeziehen."* Konkreten Bedarf sieht Güngör bei der Elternarbeit. *„Wir müssen Wege finden, die notwendige Vertrauensbasis zwischen Eltern, Lehrern und Schulleitung zu schaffen oder zu stärken. Und dies heißt, den Zugang in die Schule und in die Behörde zu erleichtern, womöglich mit zweisprachigen Ansprechpartnern."* Also die Eltern noch gezielter abholen und besser informieren über die Anforderungen in der Schule und über die im Anschluss bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten. Dort, wo so etwas passiert, sind bereits Erfolge sichtbar. *„Eltern aus Migrantenfamilien fangen an, sich in der Schularbeit zu engagieren"*, berichtet Güngör. Ein zweiter wichtiger Schritt ist für ihn, die kulturelle und sprachliche Vielfalt von Migration als Chance für eine weltoffene Stadt wie Bremen zu begreifen. Dazu gehört der an einigen Schulen bereits realisierte mehrsprachige Unterricht, den sich der Bildungsexperte nicht nur in Tenever, sondern auch sehr gut in Schwachhausen vorstellen kann. Und Türkisch als Fremdsprache. *„Die sollte jeder Schüler als gleichwertige Alternative zu Spanisch oder sogar Französisch anwählen können"*, meint der SPD-Politiker.

ROT HEUTE

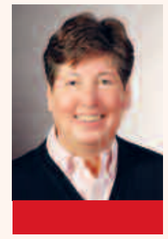
Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

Am 6. August unterzeichneten Fraktionschef Björn Tschöpe, der SPD-Parteivorsitzende Andreas Bovenschulte und der SPD-Bundestagsabgeordnete Carsten Sieling im Beisein der beiden Mitglieder des Business and Professional Women Club (BPW), Christiane Niebuhr-Redder und Petra Navel (v.l.n.r.) die Nürnberger Resolution. Eine der darin enthaltenen zentralen Forderungen lautet, gesetzlich zu verankern, dass Aufsichtsräte in deutschen Aktiengesellschaften jeweils mindestens zu 40 Prozent von Frauen und Männern zu besetzen sind.

Frauenanteil in Aufsichtsräten erhöhen!

In den Aufsichtsgremien privater, aber auch öffentlicher Unternehmen und Institutionen haben noch immer überwiegend Männer die Mandate inne. Anders als in der Politik, wo durch Quotierungen eine höhere Repräsentanz von Frauen in Parlamenten, Regierungen und Entscheidungsgremien erzielt wurde, hat die Zahl der Frauen in einflussreichen Positionen der Wirtschaft in den vergangenen Jahren kaum nennenswert zugenommen. *„Der Frauenanteil in den Vorständen der hundert deutschen Top-Konzerne liegt nach Angabe des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unter einem Prozent und lediglich 2,6 Prozent der Aufsichtsräte dieser Konzerne sind weiblich. Daran hat weder die 2001 von der Wirtschaft eingegangene Selbstverpflichtung zur Erhöhung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, noch die inzwischen große Zahl hoch qualifizierter Frauen etwas geändert"*, so die Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses, die SPD-Abgeordnete Ursula Arnold-Cramer. Das DIW schlägt deshalb eine Genderquote auch in den Spitzengremien von Unternehmen vor. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat für die kommende Parlamentssitzung einen Antrag vorbereitet, der darauf zielt, dass in den Aufsichtsgremien der Gesellschaften und Einrichtungen, die mehrheitlich im Besitz Bremens sind, jeweils mindestens 40 Prozent der Mandate von Frauen und Männern wahrgenommen werden. Zugleich solle sich der Senat dafür einsetzen, dass diese Regelung auch in der privaten Wirtschaft im Land Bremen realisiert wird. Mit Blick auf eine bundesweite Ausdehnung dieser Regelung solle eine Bundesratsinitiative gestartet werden.



Ursula Arnold-Cramer, Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses

Bundesweite Lösung für Roma aus dem Kosovo notwendig

Thomas Ehmke, Sprecher der Innendeputation

Das Ziel ist eine langfristige Perspektive und ein gesicherter Aufenrhaltsstatus für die Roma aus dem Kosovo. *„Für uns ist völlig unstrittig, dass sie in ihrer Heimat diskriminiert werden. Eine Rückkehr in Menschenwürde erscheint zurzeit unmöglich"*, erläutert der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Ehmke. *„Damit auch die rund 350 im Land Bremen lebenden Roma weiterhin hier leben können, muss jedoch eine bundesweite Lösung gefunden werden."* Denn die Bundesrepublik Deutschland hat im Oktober 2009 mit der Republik Kosovo ein sogenanntes Rückführungsübereinkommen vereinbart, wonach jährlich 2.500 Menschen in den Kosovo zurückkehren sollen. *„Damit es zukünftig zu keinen Abschiebungen von Roma kommt, fordern wir den Innensenator auf, sich beim Bund und den anderen Ländern für eine Änderung des Rückführungsübereinkommens einzusetzen und die Möglichkeiten des Landes für einen langfristig sicheren Aufenthaltsstatus auszuschöpfen"*, sagt der SPD-Politiker. Die Forderung nach einem sofortigen Abschiebestopp, wie er aktuell von verschiedenen Seiten angemahnt wird, lenke von der eigentlichen Herausforderung, die es zu bewältigen gelte, ab. Zum einen sei bereits in den letzten zwei Jahren kein Roma aus Bremen in den Kosovo abgeschoben worden. Zum anderen könne das Land Bremen im Alleingang nur einen Abschiebestopp von sechs Monaten erwirken, so Ehmke. *„Und das bringt den Menschen keine wirkliche Sicherheit. Die wird es nur geben, wenn eine Einigkeit von Bund und Ländern in dieser Frage hergestellt wird. Deshalb hat Innensenator Ulrich Mäurer bei seinen Bemühungen, sich für eine bundesweite Lösung bei der Bundesregierung einzusetzen, die volle Unterstützung der SPD-Fraktion."*

SPD BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

ROT HEUTE

Informationen aus der SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Max Liess, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Neues Zentrum für Blumenthal

In Blumenthal bewegt sich etwas – trotz massiver Arbeitsplatzverluste und hoher Arbeitslosigkeit. *„Mit dem neuen Blumenthal Center, wo noch auf weiteren Flächen Einzelhandel entstehen wird, verlagert sich das Zentrum und damit auch das Einkaufsverhalten der Bürger“*, sagt Max Liess, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Diese Entwicklung gelte es jetzt städteplanerisch aufzugreifen, um Blumenthal weiter voranzubringen. *„Wir sehen die Achse vom Busbahnhof »Ständer« über die Landrat-Christians-Straße bis zum Blumenthal Center als das neue Einzelhandelszentrum. Und hier müssen wir auch investieren, um die Attraktivität zu steigern und zusätzliche Geschäfte anzusiedeln“*, erklärt der Wirtschaftsexperte. Ein wichtiger Baustein ist dabei die Öffnung der architektonisch markanten Arkaden an der Landrat-Christians-Straße. *„Hier müsste die Wirtschaftsförderung als Investor und Vermarkter auftreten, ähnlich wie bei der Kramer-Immobilie in Vegesack“*, fordert Liess. Im Gegenzug sollte die alte Einkaufsmeile Mühlenstraße, die schon länger mit massiven Leerständen zu kämpfen hat, zu einem attraktiven Wohngebiet mit Wegebeziehungen zur Weser umgebaut werden. *„Wir wollen als Politik ein Startsignal geben, um Immobilienbesitzer und Einzelhändler mit ins Boot zu holen“*, sagt der SPD-Politiker. Etwa für ein Sanierungsgebiet, um auch Fördergelder des Bundes zu erhalten.

Ortskern Lesum funktioniert

In Blumenthal ist der Bedarf am größten, doch auch in Lesum sieht Liess neue Herausforderungen. *„Mit dem Ortskern haben wir ein funktionierendes Grundzentrum mit vielfältigen Geschäften. Doch an der Bremerhavener Heerstraße brauchen wir ein ganzheitliches Konzept.“* Der Lkw-Lärm ist für die Bürger eine deutliche Belastung. Da brauche es dringend eine Reduzierung, meint der SPD-Politiker. Das Parken ist unübersichtlich. Und es fehlen Außenbereiche, die zum Verweilen einladen. Dies alles führt dazu, dass die Qualität der Geschäfte sinkt und die Leerstände steigen. Doch wie in Blumenthal und Vegesack werde eine funktionierende Nahversorgung mit vielfältigem Einzelhandel gerade in Zeiten des demografischen Wandels mit einer älter werdenden Bevölkerung immer dringlicher.

City Marketing unterstützt

Wichtig ist dabei für Liess, dass die Kaufmannschaft vor Ort an einem Strang zieht. Das war gerade in Vegesack zuletzt anders, als die Ladenbesitzer rund um die Reeder-Bischoff-Straße einen eigenen Verein gründeten. *„Hier haben wir als Politik deutlich gemacht, dass wir das City Marketing nur dann weiter finanziell unterstützen, wenn wir ein einheitliches Konzept erkennen. Und sehr positiv hat die Wirtschaftsförderung diesen Prozess, etwa mit einem externen Berater, begleitet und unterstützt“*, erläutert der SPD-Politiker. Die Einigkeit sei wichtig angesichts der Herausforderungen. Denn im oberen Vegesack an der Gerhard-Rohlfs-Straße fehle aktuell ein Frequenzbringer und eine gute Mischung aus Gastronomie und Einzelhandel. Hier sieht Liess auch die Immobilienbesitzer in der Pflicht. *„Viele Mieten sind dort einfach zu hoch und nicht mehr marktgerecht.“*

Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Betreuung selbstbestimmt und sicher

Gefragt sind heute vielfältige Wohn- und Betreuungsangebote für ältere Menschen. *„Ob zuhause oder im Heim, entscheidend sind vor allem größtmögliche Autonomie und höchste Versorgungssicherheit“*, erklärt Karin Garling, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. *„Für beides haben wir mit dem neuen Bremer Wohn- und Betreuungsgesetz, das noch in diesem Jahr in Kraft tritt, einen modernen Rahmen geschaffen.“* Zum Einen sind die Anforderungen zwischen von Bürgern selbst organisierten Wohnformen und Servicewohnen, den trägergesteuerten Wohnformen und den Pflege- und Betreuungseinrichtungen sehr genau differenziert. *„Wir tragen damit der Vielfalt des Wohnens im Alter Rechnung“*, so Garling. Zum Anderen gibt es jeweils klare Vorgaben an die Qualitätsstandards. So prüft die Heimaufsicht des Sozialressorts jährlich die Pflegeheime und veröffentlicht im Sinne der Transparenz für Verbraucher auch die Ergebnisse.

Kontrolle der Qualitätsstandards

50 Prozent der Pflegekräfte müssen Fachkräfte sein. Und es wird geprüft, ob je nach Bewohnerzahl genügend Personal sowie eine passende räumliche und hauswirtschaftliche Ausstattung vorhanden sind. *„Zudem müssen sich alle Pflegeheime, wenn sie es nicht schon tun wie die der Bremer Heimstiftung, in den Stadtteil öffnen und mit Vereinen, Kirchen, Sozialzentren oder Kitas kooperieren. So können die Bewohner im und außerhalb des Heims weiterhin am öffentlichen Leben im Quartier teilnehmen“*. Für Pflegewohngemeinschaften und Servicewohnen besteht eine Anzeigepflicht der Betreiber. Informationspflichten über Art und Preis der Leistungen sowie Wahlmöglichkeiten nutzen den Bewohnern. Damit lässt sich auch verhindern, dass als Wohngemeinschaften getarnte Heime ohne ausreichende Qualitätsstandards entstehen. Dagegen werden die selbstbestimmten Wohn- oder Hausgemeinschaften, die durch Initiative ihrer Bewohner bestehen oder sich auflösen, vom Gesetz nicht berührt. *Das neue Gesetz bildet die Grundlage dafür, dass ältere Menschen und ihre Angehörigen nach individuellen Wünschen Angebote vergleichen und auswählen können“*, sagt Garling.

GEWOBA sichern statt Zukunft verschleudern

Veranstaltung zur Zukunft der GEWOBA

Die öffentlichen Debatten der letzten Wochen – ausgelöst durch die Forderung von CDU und FDP, die GEWOBA zu verkaufen – haben viele Mieterinnen und Mieter verunsichert. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat, wie bereits vor fünf Jahren schon einmal geschehen, im Parlament für klare Verhältnisse gesorgt. Einem Antrag der SPD folgend, beschloss die Bremische Bürgerschaft im August gegen die Stimmen von Schwarz-Gelb, dass die GEWOBA auch zukünftig mehrheitlich im Besitz Bremens bleiben soll. Am 22. September lädt die Fraktion nun zu einer Veranstaltung zur Zukunft der GEWOBA ein. Als Gäste werden erwartet: **Torsten Bernhardt**, Hausmeister der GEWOBA; die Vorsitzende der DGB-Region Bremen/Elbe-Weser, **Annette Düring**; der langjährige Ortsamtsleiter Schwachhausen/Vahr, **Werner Mühl**; die Quartiersmanagerin des Stadtteilprojekts Huchting, **Inga Neumann**; der Direktor des Deutschen Mieterbundes, **Lukas Siebenkotten**; der Vorstandsvorsitzende der GEWOBA, **Dr. Volker Riebel** sowie der stellv. Betriebsratsvorsitzende der GEWOBA, **Jürgen Windt**. Die Veranstaltung findet am **22. September von 18:00 - 20:30 Uhr im Bürgerzentrum Neue Vahr** *(Berliner Freiheit 10 · 28327 Bremen)* statt.

TERMINE

Sitzungen der Bürgerschaft

28.09. *Stadtbürgerschaft* 14:00-19:00 Uhr

29.09. *Bürgerschaft Landtag* 10:00-18:00 Uhr

30.09. *Bürgerschaft Landtag* 10:00-18:00 Uhr

IMPRESSUM

SPD-Bürgerschaftsfraktion Land Bremen

Wachtstr. 27/29
28195 Bremen

Tel : 0421 33 67 70
Fax : 0421 32 11 20
www.spdfraktion-bremen.de
E-Mail:
spd-fraktion@spd-bremen.de

V.i.S.d.P.
André Städler

Redaktion
Knut Köstergarten
Stephanie Dehne

Gestaltung
Stefan Skiba

Druck
Meiners Druck OHG